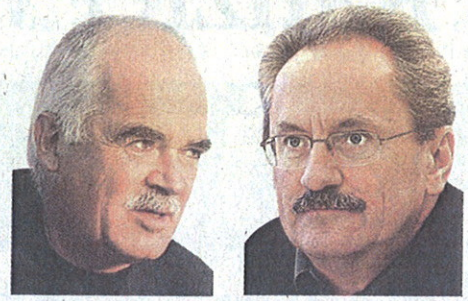
Telefon (089) 53 06-410
politik@merkur-online.de
Telefax: (089) 53 06-86 57

Münchner Merkur Nr. 81 | Donnerstag, 7. April 2011

DONNERSTAGSKOLUMNE

Briefwechsel



zwischen
Peter Gauweiler und **Christian Ude**

Charakterlosigkeit: das neue hohe C?

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen Schlagabtausch. Heute: Peter Gauweiler.

Lieber Christian,

anregendes Bild Deinerseits – der Vergleich mit dem „Beipackzettel" zum Kernenergie-Risiko, den wir doofen Christlich-Demokraten erst jetzt gelesen haben sollen. „Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie ..." – ja wen denn? Die rot-grüne Stadtregierung von München ganz bestimmt nicht. Ihr betreibt doch selbst ein Kernkraftwerk. Seit 20 Jahren. Zu unser aller Wohl natürlich. Isar 2 im niederbayerischen Ohu. Zu 25 %, gemeinsam mit dem Energieriesen Eon. Das ist der leistungsstärkste deutsche Atomreaktor!

Hat von allen Kernkraftwerken in Deutschland dieses eine Eure keinen Beipackzettel? Weil durch Euer Miteigentum risikolos geworden und veredelt? Euren Furor vom „schnellstmöglichen Ausstieg" hat den Betrieb dieses rot-grünen Atomkraftwerks mit dem unsichtbaren Wappen der Münchner Stadtwerke am Kühlraum nicht beeinflusst. Ganz klar. Habt Ihr niemals – als Münchner Stadtherren und -herrinnen – ans Abschalten oder Aussteigen gedacht? Oder war das Dabeibleiben beim Atomstrom dem ewig verfluchten Gegensatz zwischen Theorie und Praxis geschuldet? Ich denke, dass es im Münchner Rathaus an der höchst pragmatischen Überlegung gelegen haben wird, dass es nicht anders geht und dass die öffentliche Hand, auch wenn sie einen rot-grünen Handschuh trägt (und keinen gelben, schwarzen oder weißblauen) angesichts der Energielage, wie sie nun einmal im strommäßig total vernetzten Mitteleuropa ist, nicht so einfach abschalten kann.

Wenn das stimmt: Gibt es bei Deiner/Eurer Podiumsdiskussion im eigenen Kopf nicht doch ein klitzekleines Verständnis zu akzeptieren, dass auch, sagen wir einmal, die Bundeskanzlerin Angela Merkel oder der Umweltminister Röttgen in der EU genauso abwägend denken durften und gedacht haben, wie Ihr selbst? Erst recht, nachdem sie die scharf kritisierte Verlängerung der Laufzeit faktisch wieder zurückgenommen haben. So schnell, dass Deine Leute in Berlin für eine Schrecksekunde sprachlos waren – sie wussten nicht, ob sie jubeln oder sich darüber ärgern sollen. Bekanntlich haben sie sich für das Letztere entschieden. Kann es nicht sein, dass sich selbst aus Eurem eigenen praktischen Münchner Energievorgehen – Ökostrom satt und zu 100 % erst irgendwann im nächsten Jahrzehnt – auch ergibt, dass die aktuelle These von der Kernkraft als Brückentechnologie so falsch nicht ist und – nach Fukushima – die These von der Neudefinition dessen, was bis zur Überwindung der Brücke als Restrisiko hinzunehmen ist, auch nicht?

Sind wir uns einig, dass Deutschland und Bayern in Sachen Energieversorgung die österreichische Lösung nicht anstreben sollten? Dort wurde nach einem mit viel Tamtam gefeierten nationalen Ausstiegsbeschluss das Kernkraftwerk Zwentendorf in eine Art Begegnungsstätte mit Anfassen umgewandelt – um auf der anderen Seite jederzeit verfügbaren Strom für Wien und das Burgenland (auch) aus dem tschechischen KKW Temelin zu importieren.

Bezüglich unserer deutschen Abschaltbemühungen, die ja notwendig waren (notwendig, weil nach jeder Katastrophe hinsichtlich der Risikoeinschätzung dazugelernt und -gedacht werden muss), beschlich mich gestern ein kleines Übelkeitsgefühl. Als ich die neuesten Verlautbarungen der Bundesnetzagentur las, welche für die Stromflüsse von und nach Deutschland zuständig ist: Seit dem 17. März (Moratorium!) führen wir im Saldo mehr Strom nach Deutschland ein, während wir bis zu diesem Zeitpunkt Strom exportiert haben. Vor allem aus Frankreich, Tschechien und Polen. Täglich 2500 Megawatt-Stunden. In Polen wird ein großer Teil des Stroms in Kohlekraftwerken erzeugt, in Tschechien und Frankreich in Kernkraftwerken. Ein Gewinn an Sicherheit kann das nicht sein.

Und nur parteipolitisch freuen (damit die Bäume der Grünen in BW nicht in den Himmel wachsen) kann Dich und mich, was aktuell der super-grün regierten „deutschen Solarstadt" Freiburg an energiepolitischer Heuchelei vorgeworfen wird. Jetzt stellt sich heraus, dass in Freiburg der Anteil an erneuerbarer Energie fünfmal (!) niedriger ist als im Bundesdurchschnitt. Der Klimabeauftragte der Deutschen Physikalischen Gesellschaft Kleinknecht hält der Stadt vor, dass 96,3 % der in Freiburg verbrauchten Energie aus Kohle- und Kernkraftwerken im Bundesland stammen, vor allem aber auch aus Kernkraftwerken in der Schweiz und im französischen Fessenheim. Fazit der Wissenschaftler: „Wer solche Nachbarn hat, kann sich mit 2 % Solarenergie ‚Solarstadt Deutschlands' nennen und Grün wählen." Kann man/frau das wirklich?

Das ist von Freiburg so charaktervoll wie der Ehebruch eines amerikanischen Moralpredigers, der im Fernsehen lebenslange Treue predigt.

Dein Peter Gauweiler

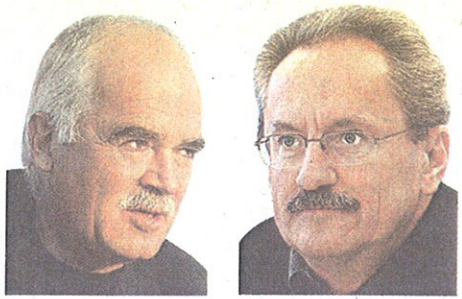
P.S. Wir haben uns schon lange nicht mehr über die FDP unterhalten. Dort kommen jetzt die Kindergesichter an die Macht. Wenn ich mir den Generalsekretär Lindner so anschaue – unsere Frisuren waren besser. Jugend forscht! Habe mich dabei ertappt, dass ich auf Sabine Leutheusser-Schnarrenberger als neue FDP-Chefin gesetzt und ihr die Daumen gehalten habe. Klammheimlich (wenn das FJS wüsste!). Schnarri könnte die Werbeagenturphase dieser unserer Nachbarpartei beenden. Und praktisch etwas gegen die Entwicklung EU-Deutschlands zum elektronischen Überwachungsstaat tun.

Telefon (089) 53 06-410
politik@merkur-online.de
Telefax: (089) 53 06-86 57

Münchner Merkur Nr. 75 | Donnerstag, 31. März 2011

DONNERSTAGSKOLUMNE

Briefwechsel



zwischen
Peter Gauweiler und **Christian Ude**

Höhenflüge dauern nicht ewig

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen Schlagabtausch. Heute: Christian Ude.

Lieber Peter,
und wieder hat sich in nur wenigen Tagen die politische Landschaft verändert. Grundlegend. In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Und in Hessen. Und darüber hinaus. Mit Auswirkungen, die noch gar nicht abzusehen sind.

Bevor Du mich ermahnen kannst, auch vor der eigenen Türe zu kehren, sage ich es lieber selber: Ja, ja, auch die SPD hat es böse erwischt. Mit einem beliebten Landesvater rund 10 Prozent zu verlieren, ist schon ein gewaltiger Erdrutsch, auch wenn ein Wechsel mit grüner Hilfe noch abgewehrt werden konnte. In Baden-Württemberg als bislang größte Oppositionspartei vom Absturz der schwarzgelben Regierung in keiner Weise zu profitieren, sondern auch noch Federn lassen zu müssen, ist wahrlich auch kein Ruhmesblatt. So ist also für uns Sozis bei Licht betrachtet Demut angesagt, auch wenn zu unserem Glück ein roter Regierungschef ein Bleiberecht bekam und ein schwarzer gehen musste.

Wirklich tröstlich ist bei parteipolitischer Betrachtung nur, dass die Linke im Westen spektakulär gescheitert ist und eigentlich nur noch die Frage aufwirft, ob man seine Stimme tatsächlich sinnlos verplempern und spurlos verschwinden lassen will oder nicht doch lieber einer aussichtsreichen Partei geben sollte.

Triumphieren kann wirklich nur eine Kraft: Die Grünen. Ihr Erfolg ist auch verdient, denn sie haben unbestritten seit ihrer Geburtsstunde gegen die Gefahren der Atomkraft gekämpft, während die Physikerin im Kanzleramt offenbar erst „nach Japan" den Beipackzettel über Risiken und Nebenwirkungen gelesen hat. Jetzt ist nichts mehr, wie es eben noch für immer bleiben sollte.

Erst wenige Monate ist es her, dass Ihr im Deutschen Bundestag Atomkraftwerken trotz aller Restrisiken längere Laufzeiten bewilligt und den bürgerschaftlichen Protest dagegen vom Tisch gewischt habt. Und jetzt bersten Eure Führungsleute immer noch vor Selbstbewusstsein, nur der Text wurde flugs geändert: Atomkraftwerke waren niemals Euer Markenkern, eigentlich habt ihr niemals den Unfug geglaubt, dass ohne AKWs die Lichter ausgehen. Euer wundersam flexibler Markus Söder präsentiert seine uralte Skepsis der Kernkraft gegenüber als neues Markenzeichen der CSU, Horst Seehofer stellt sich mit bewundernswerter Wandlungsfähigkeit an die Spitze der Ausstiegsbewegung, und ganz bestimmt wird im tüchtigen Kultusministerium schon an neuen Lehrplänen für die Heimat- und Sozialkunde gearbeitet: Wie Franz Josef Strauß als Anti-Atom-Minister vor dem nuklearen Wahnsinn warnte! Wie die Staatsregierung sogar Wasserwerfer einsetzte, um die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf zu stoppen! Wie Ihr versucht habt, den Ausstieg aus der Kernkraft mit längeren Laufzeiten zu beschleunigen!

Daneben ist Dein letzter Brief ein rührendes Zeugnis der Treue, wenn Du (leider mit vollem Recht) darauf verweist, dass das einstige Idol der europäischen Linken, Barack Obama, 35 neue Kernkraftwerke bauen will und die Sozialisten in Frankreich wie in Belgien keineswegs „Atomkraft – Nein danke" sagen. Das stimmt ja alles – aber was willst Du damit zum Ausdruck bringen? Dass die Kanzlerin nicht so schnell hätte zum Rückzug blasen sollen? Dass man es bei einem Moratorium für die Dauer der Landtagswahlen hätte belassen sollen? Dass eigentlich Wolfgang Brüderle Recht hatte mit dem Vorwurf, die Kehrtwende sei „irrational" gewesen? Doch sicher nicht. Ein stures „Weiter so" wäre von der Bürgerschaft wohl noch viel schlimmer abgestraft worden. Ich behaupte: Geschadet hat Euch nicht der rasante Kurswechsel, sondern vielmehr sein viel zu später Zeitpunkt und die viel zu geringe Nachvollziehbarkeit des Meinungswechsels, der da so forsch vollzogen wurde. Selten haben Parteien ihre Ratlosigkeit so lückenlos auf ihre Anhängerschaft übertragen können.

Dabei ist es ja wahr: Wer nach Fukushima auf die Straße ging, wollte damit die Verantwortlichen wachrütteln, zum Nachdenken anregen, zur besseren Einsicht bringen – und kann sich jetzt nicht eifersüchtig beklagen, wenn sich tatsächlich bessere Einsichten verbreiten. Die Grünen werden damit leben müssen, dass ihr einstiges Alleinstellungsmerkmal, die Ablehnung der Kernkraft, in der Bundesrepublik bald zum guten Ton sämtlicher Parteien gehören wird.

Trotzdem glaube ich nicht, dass sie sich künftig an ständigen Erfolgen werden berauschen können. Ich darf meinen Brief vom 16. Dezember letzten Jahres zitieren: „Könnte es nicht sein, dass Ende 2011 ein grüner Verkehrsminister Baden-Württembergs wütenden Demonstranten erklären muss, dass er gar keine andere Wahl hat, als das mehrheitlich gewünschte Projekt Stuttgart 21 zu realisieren?" Jetzt wissen wir: Es könnte genau so kommen. Die Stuttgarter Parkschützer fordern deshalb jetzt schon im Fernsehen, **keine** Volksabstimmung durchzuführen. Sie könnte ja tatsächlich in die Hose gehen. Und das darf nicht passieren. Lieber soll eine Minderheit entscheiden! So schnell entzaubern sich die Stuttgarter Musterdemokraten, die ein neues Zeitalter der Partizipation verkünden wollten, selber in aller Öffentlichkeit.

Was ich damit sagen will? Auch ein Höhenflug dauert nicht ewig.

Herzlichst
Dein Christian